ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Goltz, Gabriel; Kramer, Heinz

Research Report

Politischer Erdrutsch bei den Wahlen in der Türkei: Die lang erwartete Überraschung

SWP-Aktuell, No. 48/2002

Provided in Cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Goltz, Gabriel; Kramer, Heinz (2002) : Politischer Erdrutsch bei den Wahlen in der Türkei: Die lang erwartete Überraschung, SWP-Aktuell, No. 48/2002, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/254405

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

SWP-Aktuell

Stiftung
Wissenschaft und
Politik

Deutsches Institut
für Internationale
Politik und Sicherheit

Politischer Erdrutsch bei den Wahlen in der Türkei

Die lang erwartete Überraschung

Gabriel Goltz / Heinz Kramer

Am 3. November 2002 wurde in der Türkei ein neues Parlament gewählt. Nach den Wahlen ist eine völlig neue politische Landschaft entstanden: Das etablierte Parteienspektrum verlor über ein Drittel an Zustimmung, mehr als 40 Prozent der Wähler wendeten sich von den regierenden Parteien ab. Deutlicher Sieger wurde mit 34,2% der Stimmen und nahezu zwei Dritteln der Sitze die gemäßigte muslimisch-konservative Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP). Doch wird das Regieren für sie nicht leicht sein. Der Parteivorsitzende Recep Tayyip Erdoğan kann aus juristischen Gründen kein politisches Amt ausüben, das kemalistische Establishment in der Türkei wird jede Maßnahme der AKP argwöhnisch unter dem Kriterium überprüfen, ob sie zur Islamisierung beiträgt, und die EU-Staaten werden gegenüber einer »islamisch« regierten Türkei erhebliche Zurückhaltung zeigen. Die AKP und auch die Türkei stehen vor einer enormen politischen Bewährungsprobe.

Sieger der vorgezogenen türkischen Wahlen vom 3. November 2002 ist die religiös-konservative AKP (Adalet ve Kalkınma Partisi) von Recep Tayyip Erdoğan. Schon seit langem hatte sich ihr Wahlsieg in den Umfragen abgezeichnet. Mit 34,28% der abgegebenen Stimmen hat die Partei jedoch ein Ergebnis erzielt, das ihr niemand vorausgesagt hatte.

Deniz Baykals sozialdemokratische Republikanische Volkspartei (CHP, Cumhuriyet Halk Partisi), der auch der ehemalige DSP-Wirtschaftsminister Kemal Derviş angehört, konnte als einzige weitere Partei mit 19,40% der Stimmen die Zehnprozenthürde überspringen. Bei den Wahlen 1999 war die CHP noch an der Sperrklausel gescheitert, 1995 gelang ihr mit 10,71% nur knapp der Einzug ins Parlament. Baykal, vom Ergebnis enttäuscht, hat bereits signalisiert, daß er die Niederlage akzeptiere und eine konstruktive Oppositionsarbeit leisten wolle.

Das Ergebnis und seine Ursachen

Die Koalitionsregierung unter Bülent Ecevit bekam mit dieser Wahl die Quittung für die schlimmste Wirtschaftskrise seit 1945, deren Hauptlast die türkische Mittelschicht zu tragen hatte. Darüber hinaus hat sich

aber in einem schon länger andauernden Prozeß das Vertrauen in die bisherige, in Korruptionsskandale und Machtkämpfe verwickelte politische Elite aufgebraucht. Parteien waren in der Regel eng mit dem Staat verflochten und dienten nicht als Kanäle gesellschaftlicher Partizipation. Ihr politischer Gestaltungsspielraum war zudem stark vom Militär beschränkt. Auf der Demokratischen Linkspartei (DSP, Demokratik Sol Parti) lastete zusätzlich noch die Hypothek, daß ihr Vorsitzender, Ministerpräsident Ecevit, trotz Krankheit und Alter nicht willens war, zugunsten einer funktionsfähigen Regierung abzutreten.

Der mit der Wahl vollzogene politische Bruch ist tiefgreifend. So konnten sich die im nationalen Rahmen gescheiterten Parteien mit Ausnahme der pro-kurdischen Demokratischen Volkspartei (DEHAP, Demokratik Halk Partisi) auch auf regionaler Ebene nirgendwo halten. Insgesamt mußte das republikanische Mitte-Links-Lager, trotz der Zugewinne der CHP, einen Verlust von annähernd 10% hinnehmen. Der Trend, daß die liberal-konservativen Parteien AnaP und DYP an Stärke verlieren, setzte sich fort. Lediglich die AKP konnte landesweit Gewinne erzielen.

Nach dem Verbot der Tugendpartei (FP, Fazilet Partisi) spaltete sich die islamistische Bewegung in »Erneuerer«, die sich in Erdoğans im August 2001 gegründeter AKP formierten, und in »Traditionalisten«. Die Vertreterin letzterer, Recai Kutans (und Necmettin Erbakans) Glückseligkeitspartei (SP, Saadet Partisi), erzielte lediglich 2,48% und verlor den größten Teil ihrer Wählerschaft an die AKP der Erneuerer.

Die restlichen bisher im Parlament vertretenen Parteien scheiterten an der Sperrklausel, einschließlich jene Parteien, welche zuletzt die Regierungskoalition gebildet hatten. Devlet Bahçelis Nationalistische Aktionspartei (MHP, Milliyetçi Hareket Partisi), Juniorpartner in der von Ecevits DSP geführten Koalition, verbuchte mit 8,34% noch das beste Ergebnis. Die DSP selbst liegt aufgrund erdrutschartiger Verluste mit 1,22% noch hinter der Mutterlandspartei (AnaP, Anavatan Partisi) von Mesut Yılmaz, die 5,13% erzielte. Auch die Partei der Neuen Türkei (YTP, Yeni Türkiye Partisi) des ehemaligen Außenministers Ismail Cem, deren Abspaltung von der DSP im Juli letztlich den Anstoß zu den vorgezogenen Neuwahlen gegeben hatte, konnte kein besseres Ergebnis einfahren. Sie rangiert mit 1,15% knapp hinter der DSP. Von den etablierten Parteien erzielte lediglich Tansu Çillers Partei des Richtigen Weges (DYP, Doğru Yol Partisi) ein halbwegs respektables Ergebnis. Doch auch sie verfehlte mit 9,55% knapp den Einzug ins Parlament. Sämtliche Vorsitzenden der etablierten Parteien haben folgerichtig ihren Rücktritt angekündigt.

Vorläufiges Ergebnis der türkischen Parlamentswahlen vom 3. November 2002

Parteien	*Stimmenanteile (in %)*	*Sitze*
AKP	34,28	363
CHP	19,40	178
DYP	9,55	0
MHP	8,34	0
GP	7,25	0
DEHAP	6,23	0
AnaP	5,13	0
SP	2,48	0
DSP	1,22	0
YTP	1,15	0
Andere	4,00	0
Unabhängige	0,99	9

Zwei weitere Parteien haben ein vergleichsweise gutes Ergebnis erzielt, obgleich sie bisher im Parlament nicht vertreten waren. Die eine ist die pro-kurdische Demokratische Volkspartei (DEHAP), die landesweit 6,23% der Stimmen bekam. Im Gegensatz zu den anderen an der Sperrklausel gescheiterten Parteien konnte sie in den mehrheitlich von Türken kurdischer Abstammung bewohnten Gebieten dominieren. Insgesamt gewann sie dort 13 von landesweit insgesamt 81 Wahlkreisen. Dies bestätigt den Trend, daß es der DEHAP, vormals HADEP, einer vorwiegend regionalen, im Südosten der Türkei beheimateten

Wahlergebnisse nach Wahlkreisen im Vergleich 1999/2002

Die Karte zeigt das Ergebnis 2002; abweichende Ergebnisse 1999 sind durch Eintrag der im jeweiligen Wahlkreis damals siegreichen Partei gekennzeichnet (AKP-Wahlkreise 1999 von FP gewonnen).

Partei, nur zum Teil gelingt, das große kurdische Wählerpotential in den Städten der Westtürkei für sich zu mobilisieren. In Istanbul liegt sie mit 5,67% noch unter dem Landesdurchschnitt, im Westen und in Zentralanatolien gewann sie weniger als 2% der Stimmen.

Die populistische, fremdenfeindliche Junge Partei (GP, Genç Parti) des Unternehmers Cem Uzan ist die andere neue Partei, die ein beachtliches Ergebnis erzielt hat. Ihr waren bis zu 13% der Stimmen vorausgesagt worden, 7,25% hat sie am Ende errungen. Uzan führte den ersten »Medienwahlkampf« in der Türkei, konnte aber letztlich doch nicht genug Wähler von seiner politischen Seriosität überzeugen.

Insgesamt bedeutet das Wahlergebnis eine Umwälzung der bisherigen politischen Landschaft. Ungefähr 450 der 550 Abgeordneten ziehen neu ins Parlament ein. Der größte Teil von ihnen gehört zur AKP-Fraktion, die 363 Sitze erhalten wird. Ihre islamistische Vorgängerin, die Wohlfahrtspartei (RP, Refah Partisi) von Necmettin Erbakan, stellte 1995 nach ihrem Wahlsieg lediglich 158 Abgeordnete. Auch der überwiegende Teil der 178 CHP-Abgeordneten war in der vergangenen Legislaturperiode nicht im Parlament vertreten. Wie sich dies auf die parlamentarische Praxis und die Regierungspolitik auswirken wird, ist noch nicht abzusehen.

Aufgrund der hohen Zehnprozenthürde, die ursprünglich eingeführt worden war, um kurdischen Parteien den Einzug ins Parlament zu verwehren, verfallen circa 45% der abgegebenen Stimmen. Der Anteil solcherart verfallener Stimmen hat sich gegenüber der Wahl von 1999 verdoppelt. Das liegt zum Teil daran, daß die nun ausgeschiedenen Parteien nicht fähig waren, Wahlbündnisse einzugehen, obwohl sich ihr Schicksal in den Umfragen schon früh abzeichnete. Allerdings waren aufgrund der Struktur der türkischen Parteien, die klientelistisch um eine Führerpersönlichkeit aufgebaut sind, solche Wahlbündnisse, selbst innerhalb des gleichen politischen Lagers, auch in der Vergangenheit selten. Zwar wird regelmäßig die Senkung der Hürde diskutiert, doch konnten sich die rivalisierenden Parteien bisher nie auf ein alternatives Konzept einigen.

Stimmenanteile bei türkischen Parlamentswahlen

Partei	*1995*	*1999*	*2002*
AKP (RP/FP)[a]	21,38	15,41	34,28
AnaP	19,65	13,22	5,13
CHP	10,71	8,71	19,40
DEHAP[b]	4,17	4,75	6,23
DSP	14,64	22,19	1,22
DYP	19,19	12,01	9,55
MHP	8,18	17,98	8,34

a Die RP wurde 1998, die FP 2001 verboten. Ihre Nachfolge trat neben der SP die AKP an.
b Die DEHAP folgte 2002 der HADEP nach, gegen die ein Verbotsverfahren eröffnet worden war.

Auswirkungen auf die Parteienlandschaft

Nach dem ›reinigenden Gewitter‹ dieser Wahl besteht die Möglichkeit, daß die CHP wieder zum Sammelbecken für die türkische Sozialdemokratie wird, da ein Überleben als außerparlamentarische Opposition nicht nur für die YTP, sondern auch für die DSP problematisch werden dürfte. Doch selbst wenn die genannten Parteien überleben, ist zu erwarten, daß das Parteivolk sich zur CHP orientieren wird. Viel hängt davon ab, ob Baykal seine Partei vorbehaltlos gegenüber früheren Konkurrenten öffnen will.

Ähnlich problematisch ist die Lage für DYP und AnaP. Beide Parteien nehmen für sich in Anspruch, die rechte Mitte zu repräsentieren. Große Chancen, außerhalb des Parlaments zu überleben, werden Yılmaz' liberaler AnaP nicht eingeräumt. Der Partei, die immerhin von 1983 bis 1989 unter Turgut Özal mit absoluter Mehrheit regiert hat, wird wohl nichts anderes übrig bleiben, als mit ihrer Erzrivalin, der konservativen DYP, zusammenzugehen. Doch selbst dann ist fraglich, ob DYP und AnaP gemeinsam den Abwärtstrend ihrer Parteien stoppen und zu einer neuen Kraft im türkischen Parteiensystem werden können. Beide haben bereits ihre besten Köpfe an andere Parteien verloren. Sie müssen sich zudem in Zukunft mit der AKP messen, die nach ihrem Wahlsieg deutlicher als vorher die konservative Mitte für sich reklamiert. Die AKP steht jedoch für eine andere, eine kommunitär-religiöse, anti-zentralistische Tradition. Hier könnte sich die zukünftige Konfliktlinie im konservativen Lager der Türkei abzeichnen.

Die vierte Partei im rechten Lager, die nationalistische MHP, ist nach ihrem spektakulären Sieg von 1999 wieder in der politischen Versenkung verschwunden. Sie vermochte es im Wahlkampf nicht, ihren kompromißbereiten Kurs innerhalb der Regierung durch eine nationalistische Rhetorik zu kompensieren. Auch daß sie von der Forderung nach der Vollstreckung des Todesurteils für PKK-Chef Öcalan abgerückt ist, wird ihr von den eigenen Anhängern negativ angerechnet worden sein. Um die an AKP und GP verlorenen Wähler zurückzugewinnen, könnte die MHP versucht sein, wieder an die radikal-nationalistischen Ursprünge aus den Zeiten des »grauen Wolfes« Alparslan Türkeş anzuknüpfen. Das könnte indes die Rivalität zwischen dem als gemäßigt geltenden Bahçeli und den alten Türkeş-Anhängern, vor allem seinem Sohn Yıldırım Tuğrul Türkeş, wiederaufleben lassen.

Die AKP vor einer schwierigen Regierungszeit

Ungeachtet des überwältigenden Wahlsieges sieht sich die AKP-Regierung mit einer Reihe ernster Schwierigkeiten konfrontiert. Das beginnt mit dem Mißtrauen, das ihr die Kräfte des kemalistisch-republikanischen Establishments der Türkei entgegenbringen, geht über juristisch bedingte Probleme der Regierungsbildung und Amtsführung, über die Frage, wie viele Punkte des Parteiprogramms realistischerweise in welcher Zeit umgesetzt werden können, setzt sich fort in dem Druck der Erwartungen ihrer Wähler und reicht schließlich bis hin zu den drängenden außenpolitischen Aufgaben, die die Türkei mit Blick auf den EU-Beitritt, die Zypernfrage und die Entwicklung in der nah-/mittelöstlichen Nachbarschaft zu bewältigen hat.

Programmatische Grundlagen

Die AKP gehört einer politischen Strömung an, die in ihrer Geschichte viele Verbote über sich ergehen lassen mußte. Das Wahlprogramm reflektiert diese Erfahrung zum einen durch eine vorsichtige Ausdrucksweise, zum anderen aber auch durch eine kritische Haltung dem Staat gegenüber, dessen Handlungsraum beschränkt werden soll. Die AKP, die sich selbst als demokratisch-konservative, aber auch moderne und für Erneuerung einstehende Partei versteht, bekennt sich ausdrücklich zur türkischen Verfassung. Sie stellt sich als

Partei dar, der die Bewahrung lokaler Werte und einer pluralistisch verstandenen Moral ein wichtiges Anliegen ist. In diesem Sinne interpretiert sie auch den Laizismus: Religion sei eine der wesentlichsten Institutionen der Menschheit, Laizismus jedoch die notwendige Bedingung für Demokratie und Religionsfreiheit.

Zumindest der AKP-Führung scheint es mit der Abkehr vom politischen Islam und der Verinnerlichung demokratischer Prinzipien ernst zu sein. Darauf deutete schon die interne Kritik an der islamistischen Ideologie und an Erbakans Politikverständnis im Zuge des Abspaltungsprozesses von der FP hin.

Der Parteivorsitzende Erdoğan ist früher ein bekennender Vertreter islamistischer Positionen gewesen und erwarb sich während seiner Amtszeit als Istanbuler Oberbürgermeister den Ruf eines sauberen und pragmatischen Politikers. Spätestens seit Mitte 1999 präsentiert er sich als verantwortungsbewußter Politiker der rechten Mitte. Im Oktober 2001 bekannte Erdoğan sich erstmals öffentlich und ohne Einschränkungen zur EU-Orientierung der Türkei. Die Frage, welche Rolle der Wahlsieger zukünftig spielen wird, ist noch ungeklärt, da Erdoğan aufgrund einer früheren Haftstrafe wegen Anstiftung zu religiöser Aufruhr nicht für einen Parlamentssitz kandidieren konnte und ihm deshalb auch das Amt des Ministerpräsidenten verwehrt bleibt.

Ziel der AKP ist die politische Hegemonie über die Mitte-Rechts-Bewegung. Während des Wahlkampfes wurde dementsprechend kein islamistischer Internationalismus gepredigt, sondern ein türkisch-nationaler Ton angeschlagen. Vor dem Hintergrund des Scheiterns der Wohlfahrtspartei und der Öffnung der Türkei in den letzten zwei Jahrzehnten ist die Orientierung auf die Mitte nur konsequent. Eine isolationistische, anti-westliche Politik erscheint im Lichte der Einbindung der Türkei in EU und NATO, der Bedeutung des Tourismus und der Exportorientierung der Wirtschaft zunehmend realitätsfern.

Nicht nur das Wahlergebnis zeigt, daß der Kurs auf die Mitte von Erfolg gekrönt werden könnte. Schon vor der Wahl wechselten wichtige Repräsentanten der Mitte-Rechts-Parteien zur AKP über, wie Erkan Mumcu (AnaP), Köksal Toptan (DYP) oder Kürşat Tüzmen (MHP). Doch finden sich in der AKP und ihrer Parlamentsfraktion natürlich auch noch zahlreiche Vertreter der »alten Linie«. Ob es der Parteiführung gelingen wird, die verschiedenen Strömungen erfolgreich zu integrieren, wird die Zukunft zeigen.

Innen- und parteipolitische Problemfelder

Der Mitte-Rechts-Kurs der AKP scheint sich auch unmittelbar nach der Wahl auszuzahlen. Es herrscht ein »vorsichtiger Optimismus« vor. Baykal und Derviş, die herausragenden Führungspersonen der CHP, kündigten an, daß sie im Sinne einer konstruktiven Opposition eine vernünftige Politik unterstützen werden. Beide betonten die Wichtigkeit einer stabilen Regierung. Im Gegenzug wurde der CHP der Vorsitz in verschiedenen Ausschüssen zugesagt. Außerdem wurde vereinbart, in der Außenpolitik gemeinsam aufzutreten. Die türkische Industrie gibt sich noch immer bedeckt, auch wenn vereinzelt positive Stimmen zu hören sind. Und die großen Zeitungen, die der AKP kritisch gegenüberstehen, zeichnen sich nach der Wahl durch eine eher ausgewogene Berichterstattung aus.

Obwohl das Militär, das eine wichtige Rolle in der türkischen Politik hat, starke Vorbehalte gegenüber der AKP hegt, signalisierte der Chef des Generalstabs Özkok, daß er die Wahlentscheidung des türkischen Volkes respektieren werde. Es erscheint eher unwahrscheinlich, daß das Militär offen gegen die AKP agieren und, wie 1997 mit der Wohlfahrtspartei geschehen, die Regierung zum Rücktritt zwingen wird. Abgesehen davon, daß sich die Türkei im Zuge des EU-Integrationsprozesses immer mehr zu einem Rechtsstaat entwickelt und die letzte Verfassungsreform das Verbot

von Parteien erheblich erschwert, würde eine Absetzung der AKP-Regierung oder ein Verbot der Partei angesichts ihrer absoluten Mehrheit und der Zwei-Parteien-Struktur des Parlaments wenig Sinn machen. Ein Verbot hätte lediglich die Gründung einer Nachfolgepartei und die Fortsetzung der Regierung unter neuem Etikett zur Folge, die Absetzung der Regierung aber würde Neuwahlen erzwingen. Und Neuwahlen wären gleichbedeutend mit einer Abstimmung über das Militär.

In der Kurdenfrage äußert sich die AKP bislang eher vorsichtig, denn sie stützt sich sowohl im kurdischen Südosten der Türkei als auch im national geprägten Zentralanatolien auf eine breite Stammwählerschaft. Sicherlich wird auch Erdoğan keine ausdrückliche Minderheitenpolitik für die Kurden betreiben. In ihrem Programm spricht sich die AKP für eine dauerhafte Lösung aus, die »das Wohlergehen und den Wohlstand sowie die Rechte und Freiheiten der Menschen schützt, jedoch auf die Empfindlichkeiten der gesamten Gesellschaft Rücksicht nimmt«. Die konkreten Schritte, die vorgeschlagen werden, orientieren sich an der bereits erfolgten Verfassungsänderung: Zulassung der kurdischen Sprache in Unterricht und Medien sowie Aufhebung des Ausnahmezustands. Auch das Problem der Folter wird offen angesprochen und als Lösung wird deren Abschaffung verlangt.

Inwieweit die AKP bereit und fähig ist, sich gegen vorherrschende Gegebenheiten durchzusetzen, bleibt abzuwarten. Ein Indiz könnte ihre Politik gegenüber den Dorfschützern sein, die in Zeiten des Krieges gegen die PKK als zivile Hilfstruppe der Sicherheitskräfte geschaffen wurden. Die Fortexistenz dieser Truppe erweist sich zunehmend als Hindernis für die Rückkehr der Vertriebenen in die Dörfer.

Die Kommunalwahlen 2004 werden zeigen, ob die AKP den hohen Grad an Zustimmung halten kann. Dafür muß sie den von ihr geweckten Erwartungen gerecht werden und eine Politik betreiben, die der Vielschichtigkeit ihrer Wählerschaft Rechnung trägt. Wichtigstes Ziel muß die Überwindung der Folgen der schweren Wirtschaftskrise sein. Einen hohen Stellenwert besitzt auch die Bekämpfung der Korruption, hat der Wähler mit seiner Entscheidung doch gerade auch die »alten Politiker« für ihr unethisches Verhalten bestrafen wollen. Widmete die AKP sich dagegen vorrangig einer islamistischen Programmatik, würde sie dies von einem Großteil ihrer Wähler entfremden, die – wie das Abschneiden der SP und Umfragen zeigen – nicht islamistisch orientiert sind.

Zwei Faktoren können die Stabilität der Regierung beeinträchtigen. Da ist zum einen Erdoğans ungeklärte Position in Partei und Regierung aufgrund seiner Vorstrafe. Damit Erdoğan Ministerpräsident werden kann, müßte Artikel 109 der Verfassung geändert werden, was Baykal bereits in Aussicht gestellt hat. Artikel 109 schließt aus, daß Personen dieses Amt übernehmen, die nicht gewählt worden sind. Ein längerer Ausschluß von der Exekutive könnte sowohl Erdoğans innerparteiliche Führungsrolle unterminieren als auch die Regierungsarbeit erschweren, denn er bedeutete auch den Ausschluß des gegenwärtig stärksten Politikers der Türkei von den Sitzungen des Nationalen Sicherheitsrates. Auch wenn es rasch zu einer endgültigen rechtlichen Bestätigung der ebenfalls juristisch angefochtenen Position Erdoğans als Parteivorsitzender kommen sollte, wirkt sich der aktuelle Zustand um so ungünstiger auf die türkische Politik und die sie tragenden Kräften aus, je länger er andauert. Angesichts des eindeutigen Wahlsiegs und der »konzilianten« Haltung der Opposition ist zudem kaum damit zu rechnen, daß das laufende Verbotsverfahren gegen die AKP vor dem Verfassungsgericht mit einer Verurteilung endet, zumal die vom Generalstaatsanwalt erhobenen Vorwürfe eher formaler Natur sind und sich nicht gegen die politische Orientierung der Partei richten.

Das zweite innenpolitische Problem, das die Stabilität der Regierung gefährden könnte, ist die symbolträchtige und politisch aufgeladene Kopftuchfrage. Die

Tugendpartei ist wegen ihrer Haltung in dieser Frage verboten worden. Wird es der AKP gelingen, sie in säkularem Sinne zu lösen, ohne sich den Vorwurf einzuhandeln, mit dem Laizismus-Prinzip in Konflikt zu geraten? Im Parlament stellt sich das Problem nicht, da keine der weiblichen AKP-Abgeordneten ein Kopftuch trägt. Dennoch existiert die Forderung, zumindest Schülerinnen und Studentinnen das Tragen von Kopftüchern in den Bildungseinrichtungen zu gestatten. Im Programm der AKP heißt es, daß niemand aufgrund seiner Anschauungen – gemeint ist die Religion – benachteiligt werden soll. Spätestens zu Beginn des kommenden Schul- und Studienjahres im Herbst 2003 wird die Frage virulent werden. Sollte die AKP hier »versagen«, dürfte das im Frühjahr 2004 bei den Kommunalwahlen negativ zu Buche schlagen. Anders als in der Frage der Ministerpräsidentschaft Erdoğans kann die AKP in der Kopftuchfrage jedenfalls kaum mit einem Entgegenkommen der Opposition rechnen. Außerdem dürfte eine Entscheidung »pro Kopftuch« die kemalistischen Kräfte in Zivilgesellschaft und Medien mobilisieren. Erdoğan wird viel Geschick aufwenden müssen, um ein Wiederaufflammen des politischen Kulturkampfes in der Türkei zu verhindern.

Außenpolitische Herausforderungen

Mit Blick auf die türkische EU-Mitgliedschaft will die neue Regierung den bisherigen pro-europäischen Kurs beibehalten und sogar noch forcieren. Auch die AKP wird beim Kopenhagener Gipfel im kommenden Dezember darauf drängen, daß ein Datum für den Beginn von Beitrittsverhandlungen festgelegt wird. Aufgrund der Übereinstimmung mit der Opposition in dieser Angelegenheit ist eine kohärente türkische Politik gegenüber den EU-Staaten zu erwarten. So beabsichtigen sowohl Erdoğan wie Baykal, in nächster Zeit die europäischen Länder zu besuchen und für die türkische Position zu werben.

Für die AKP ist die Mitgliedschaft in der EU, ausweislich des Wahlprogramms, die natürliche Konsequenz der türkischen Modernisierungsanstrengungen. Auch unabhängig von einem Beitritt wird der Umsetzung der politischen und wirtschaftlichen Kopenhagener Kriterien große Bedeutung zugemessen. Sie sei notwendig, um die eigene Existenz in einer sich globalisierenden modernen Welt zu sichern. Eine umfassende Gewährleistung der Grundrechte und -freiheiten wird gefordert, insbesondere der Meinungs- und Redefreiheit. Dabei wird hervorgehoben, wie wichtig eine plurale Zivilgesellschaft und deren Einbeziehung in den politischen Prozeß sei. Angesichts der bisherigen Staatsferne der AKP und ihres Bestrebens, die staatliche Macht zu beschränken, bestehen durchaus Chancen für eine Stärkung des partizipatorischen Elements.

Die AKP bekennt sich zu den Prinzipien der liberalen Marktwirtschaft und hat bereits angekündigt, am Programm des Internationalen Währungsfonds (IWF) festzuhalten, das als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise ausgehandelt worden ist. Es ist jedoch unklar, wieweit diese Ankündigung auf Einsicht in unabänderliche Notwendigkeiten beruht oder als Ausdruck durchdachter wirtschaftspolitischer Konzepte anzusehen ist.

Die Sanierung der öffentlichen Haushalte, die Reduzierung der Inflation, Schuldenabbau und Beschäftigungswachstum werden im Wahlprogramm als wirtschafts- und finanzpolitische Ziele ausgegeben. Die Wirtschaft soll stärker vom Staat abgekoppelt, die Unabhängigkeit der Zentralbank beibehalten werden. Gleichzeitig klingen manche Äußerungen der AKP aber auch nach interventionistischer Wirtschaftspolitik, vor allem wenn es darum geht, die eigene Wirtschaft vor negativen Globalisierungseffekten zu schützen.

Unklar bleibt im Wirtschaftsprogramm der AKP, wie die zahlreichen ausgabenwirksamen Programme etwa zur Verbesserung der Bildung, zur Stärkung des Mittelstands und zur Reform des Agrarsektors finanziert

werden sollen. Allein durch Privatisierung, Direktinvestitionen und eine Reform der Verwaltung wird dies nicht möglich sein. Es kann also nicht ausgeschlossen werden, daß – wie im Wahlkampf von AKP-Seite bereits angedeutet – das IWF-Programm in einigen Aspekten doch neu verhandelt wird. Denkbar wäre etwa, die Vorgabe, einen Primärüberschuß der öffentlichen Haushalte in Höhe von 6,5% zu erzielen, nach unten zu korrigieren.

Die AKP bekennt sich zur Europäischen Union und betont, daß die Türkei weiterhin zu ihren internationalen Verpflichtungen und Bindungen steht. Die Kooperation mit den USA soll über die Koalition gegen den Terror und die militärische Partnerschaft hinaus auf weitere Gebiete ausgedehnt werden. Einem Krieg im Irak steht sie wie die bisherige Regierung und das Militär jedoch ablehnend gegenüber. Allerdings haben die führenden Außenpolitiker der Partei nicht erkennen lassen, daß sie diese Ablehnung im Ernstfall auch tatsächlich zur Leitschnur ihrer Politik machen werden. Letztlich wird dann auch Erdoğan wie sein Vorgänger Ecevit die Verantwortung für die türkische Haltung der Militärführung zuschieben. Angesichts der noch nicht überwundenen Wirtschaftskrise und der Ungewißheit über die europäische Perspektive der Türkei weiß schließlich auch die AKP um die Bedeutung guter Beziehungen zu Washington.

Auch in der Zypernfrage ist Kontinuität in den Grundlinien der türkischen Politik wahrscheinlich. Die AKP befürwortet in ihrem Wahlprogramm eine Lösung, die die Existenz, die Identität und das Selbstbestimmungsrecht der türkischen Zyprer respektiert. Eine Aufnahme des griechischen Zypernteils in die EU ohne vorherige Lösung des Problems würde laut AKP die Angelegenheit »nur komplizierter« machen. Ob Erdoğans jüngste positive Äußerungen über das »belgische Modell« eine größere Flexibilität der Türkei gegenüber den neuen Vorschlägen des VN-Generalsekretärs andeuten, bleibt abzuwarten. Daß sich die AKP in dieser Frage überragenden nationalen Interesses allzu weit vom Mainstream in der Türkei entfernen wird, ist wenig wahrscheinlich. Das gilt um so mehr, wenn die EU in der Beitrittsfrage kein ausreichendes Entgegenkommen signalisiert.

Die islamische Welt spielt in den Programmen der AKP eine untergeordnete Rolle, wenngleich sie der Organisation Islamischer Staaten ›ein spezielles Augenmerk‹ einräumt. Ohne Israel zu erwähnen, spricht sie sich gegen das »allgemeine Blutvergießen« im Nahen Osten aus und »unterstützt Anstrengungen für einen Frieden in Palästina«. Mit Rußland will die AKP im Nahen Osten und im Kaukasus kooperieren.

Perspektiven

Die grundlegende Umwälzung der politischen Landschaft der Türkei, die sich mit der Wahl am 3. November ereignet hat, birgt Chancen und Risiken. Innenpolitisch kann ein erfolgreiches Agieren der AKP den Beginn des Übergangs zu einer »neuen Republik« markieren. In ihr könnte politischer und gesellschaftlicher Pluralismus auf einer eher kommunitären als indivualistischen Grundlage den endgültigen Abschied von den autoritären und staatsfixierten Bestandteilen der kemalistischen Republik signalisieren. Viel wird letztlich davon abhängen, ob die neuen Machthaber ihre Reformen eher als Umsetzung demokratischer Grundideen verstehen und betreiben statt als »islamische Anreicherung oder Korrektur« bestehender Verhältnisse. Letzteres würde unweigerlich zum Wiederaufflammen des offenen Kulturkampfes in der türkischen Politik führen, den die AKP nur verlieren kann. Außenpolitisch ist weitgehende Kontinuität zu erwarten, die den gleichen Risiken ausgesetzt ist wie die bisherige türkische Politik gegenüber der EU und den USA. Auf diesem Feld hängt der Erfolg der AKP mindestens ebensosehr vom eigenen Geschick wie von den Reaktionen der Partner in Europa und Amerika ab.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2002
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org